

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://x.com/AI_El_Salvador .
<https://www.youtube.com/@amnestyselvadorko/playlists>
<https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte>
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . SozialBank
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



20. Dezember 2024

EL SALVADOR: 1.000 TAGE AUSNAHMEZUSTAND. „SICHERHEIT“ AUF KOSTEN VON MENSCHENRECHTEN

Pressemeldung vom 20.12.2024

Schwere Menschenrechtsverletzungen unter dem Ausnahmezustand in El Salvador deuten auf ein systematisches, weit verbreitetes Muster staatlichen Missbrauchs hin, das zu Tausenden von willkürlichen Verhaftungen, einer Politik der Folter in Haftanstalten und Hunderten von Todesfällen in staatlichem Gewahrsam geführt hat.

Seit Beginn des Ausnahmezustands am 27. März 2022 hat Amnesty International die Ereignisse verfolgt und fünf Missionen in das Land entsandt, um die Muster der schweren Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Nach jeder Reise hat die Organisation festgestellt, dass sich die Lage der Opfer und ihrer Familien immer weiter verschlechtert und die Menschenrechte im Land in eine immer tiefere Krise stürzen. Die [Anschuldigungen der Menschenrechtsorganisationen](#), die [Proteste der Opfer](#), die [Besorgnis regionaler Gremien](#) und die [Appelle der internationalen Gemeinschaft](#) wurden von der salvadorianischen Regierung mit Schweigen, Gleichgültigkeit und mangelnder Transparenz beantwortet, wodurch das Modell der Unterdrückung und Straflosigkeit weiter zementiert wurde.

Die zunehmende Militarisierung, vor allem in marginalisierten, verarmten Gemeinden, hat Erinnerungen an vergangene Schrecken wachgerufen, als die Streitkräfte zur Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt wurden. Diese Vorgehensweise hat in Verbindung mit den Bemühungen staatlicher Vertreter, Menschenrechtsorganisationen und die freie Presse zu diffamieren und ihre Bemühungen zu vereiteln, ein Klima der Angst und Einschüchterung geschaffen, das die Zivilgesellschaft unterdrückt und zur Selbstzensur anregt.

„Was die Regierung als 'Frieden' bezeichnet, ist in Wirklichkeit eine Illusion, hinter der sich ein repressives System verbirgt, eine Struktur der Kontrolle und Unterdrückung, die ihre Macht missbraucht und die Rechte derjenigen missachtet, die ohnehin schon unsichtbar waren - Menschen, die in Armut, unter staatlicher Stigmatisierung

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



und Ausgrenzung leben - und das alles im Namen einer vermeintlichen Sicherheit, die sehr eng definiert ist“

Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International.

Ein Muster willkürlicher Verhaftungen und systematischer Verstöße

Im Laufe von 1.000 Tagen haben die salvadorianischen Behörden mehr als [83.000](#) Menschen inhaftiert und sich dabei auf eine zeitlich begrenzte Ausnahmaßnahme gestützt, die bis heute ohne eine ordnungsgemäße Bewertung oder Debatte und ohne jegliche interne Kontrolle bei 33 verschiedenen Gelegenheiten erneuert wurde, was sie zu einer staatlichen Politik macht.

Amnesty International hat in Gesprächen mit Angehörigen der Nationalen Zivilpolizei (PNC), Opfern und ihren Familien, Menschenrechtsorganisationen und Opferbewegungen dokumentiert, dass viele Verhaftungen auf der Grundlage täglicher Quoten, anonymer Anzeigen und diskriminierender Faktoren wie Tätowierungen oder Zugehörigkeit zu durch Armut und Bandengewalt stigmatisierten Gemeinden durchgeführt wurden. In mehr als 60 von der Organisation dokumentierten Fällen wurden keine administrativen oder gerichtlichen Anordnungen oder vorherige Untersuchungen gefunden, die diese Verhaftungen rechtfertigen.

Im Gegensatz dazu wurde eine übermäßige Gewaltanwendung durch die Behörden bei den Verhaftungen bestätigt sowie eine Politik der Massenverhaftungen, die internationale Menschenrechtsstandards wie Rechtsstaatlichkeit, das Recht auf ein faires Verfahren und das absolute Verbot von Folter und Diskriminierung ignoriert.

„Die Inhaftierung von Menschen ohne Beweise und die Durchführung von Massenprozessen ist keine Gerechtigkeit und auch keine wirksame oder nachhaltige Antwort auf die historischen Herausforderungen im Bereich der Sicherheit. Vielmehr handelt es sich um einen Missbrauch, der die Menschenwürde missachtet und das Leiden derjenigen fortsetzt, die bereits in der Vergangenheit durch die Politik des Staates an den Rand gedrängt wurden“.

Ana Piquer, Direktorin für Amerika bei Amnesty International.

Unmenschliche Bedingungen und Todesfälle in staatlichem Gewahrsam

Medienberichten zufolge sitzen 1,8 % der salvadorianischen Bevölkerung hinter Gittern, was die höchste Inhaftierungsrate des Kontinents darstellt. Nach den Zahlen der letzten Volkszählung sind [3 von 100 Männern inhaftiert](#). Dies hat zu einer extremen Überbelegung der meisten Strafvollzugsanstalten geführt, von denen einige nach Angaben von Organisationen der Zivilgesellschaft [seit Verhängung des Ausnahmezustands zu über 300 % ausgelastet](#) sind. Opfer haben die Bedingungen als „höllisch“ beschrieben, gekennzeichnet durch fehlende medizinische Versorgung, mangelhafte Grundversorgung mit Lebensmitteln und Wasser sowie grausame, erniedrigende und unmenschliche Behandlung, die häufig auch Folter beinhaltet. Nach Angaben lokaler Organisationen wurden [mehr als 300 Todesfälle in staatlicher Haft registriert](#). [Amnesty International](#) hat Todesfälle aufgrund von Schlägen, Folter und mangelnder medizinischer Versorgung dokumentiert.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



„Jeder Tod in Haft ist eine menschliche Tragödie und ein systematisches Versagen des salvadorianischen Staates beim Schutz des Lebens der ihm anvertrauten Menschen“, erklärte Ana Piquer. „Die Tatsache, dass die Regierung trotz dieser Anschuldigungen keine Untersuchung dieser Todesfälle eingeleitet und keine Maßnahmen ergriffen hat, um Gerechtigkeit zu gewährleisten und künftige Misshandlungen zu verhindern, gibt ebenfalls Anlass zur Sorge“.

„Jeder Tod in Haft ist eine menschliche Tragödie und ein systematisches Versagen des salvadorianischen Staates beim Schutz des Lebens der ihm anvertrauten Menschen.“

Ana Piquer, Direktorin für Amerika bei Amnesty International.

Seit der Verhängung des Ausnahmezustands hat die Gefängnisbehörde eine [Politik der grausamen und erniedrigenden Behandlung, einschließlich Folter](#), in den Haftanstalten verfolgt. Nach Angaben lokaler Organisationen und auf der Grundlage von Fällen, die von Amnesty International dokumentiert wurden, haben [führende Vertreter der Gefängnisbehörde sowohl die Überwachung der Gefängnisse durch das Büro der Ombudsperson für Menschenrechte](#) als auch den Zugang des Instituts für Rechtsmedizin zur Durchführung medizinischer Inspektionen behindert, selbst unter Missachtung gerichtlicher Anordnungen. Darüber hinaus haben sie [wiederholt Gerichtsurteile ignoriert, die die Freilassung von Gefangenen anordneten](#), was eine schwerwiegende Verletzung des Rechts auf ein ordentliches Verfahren und Einhaltung der Menschenrechte darstellt.

„Die Tatsache, dass die Regierung trotz dieser Anschuldigungen keine Untersuchung dieser Todesfälle eingeleitet und keine Maßnahmen ergriffen hat, um Gerechtigkeit zu gewährleisten und künftige Misshandlungen zu verhindern, gibt ebenfalls Anlass zur Sorge“

Ana Piquer, Direktorin für Amerika bei Amnesty International.

Foto:

MOVIR Demonstration: Bewegung von Opfern des Ausnahmezustands in El Salvador

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2024/12/WhatsApp-Image-2024-12-20-at-13.38.27-1024x768.jpeg>

„Sicherheit“ ohne Gerechtigkeit ist sinnlos

Die Nichtexistenz ordnungsgemäßer Verfahren ist alarmierend: Massenprozesse, Richter, deren Identität geheim gehalten wird, und das Fehlen einer wirksamen qualifizierten Verteidigung verletzen systematisch Rechte wie die Unschuldsvermutung und das Recht auf ein faires Verfahren.

Ermöglicht wurde dieses Szenario durch die [schrittweise Kooptation des Justizsystems seit 2021](#), die dessen Unabhängigkeit untergräbt, sowie durch einen Rechtsrahmen, der durch im Eilverfahren vom Parlament durchgesetzte Rechtsreformen unter dem Vorwand gebilligt wurde, die Durchführung des Ausnahmezustands zu

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



erleichtern, womit die Aussetzung einer Reihe von Rechten und Garantien für ein ordnungsgemäßes Verfahren ermöglicht und ihr ein Anstrich von Legalität verliehen wurde. Zu den wichtigsten Änderungen gehören: Die automatische Anwendung von Untersuchungshaft für bandenbezogenen Straftaten, ohne dass von Fall zu Fall geprüft wird, ob diese Maßnahme notwendig ist, um z. B. eine schwere Straftat oder Fluchtgefahr zu verhindern; und die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung von Untersuchungshaftanordnungen für Straftaten, die mit terroristischen oder rechtswidrigen Gruppen in Verbindung stehen. Solche Strafen können auf unbestimmte Zeit verhängt werden und stehen im Widerspruch zu dem Recht, innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens vor Gericht gestellt oder freigelassen zu werden.

Darüber hinaus hat die [Aushöhlung der Institutionen, die das Recht der Salvadorianer*innen auf Verteidigung gewährleisten sollen, wie z.B. der Generalstaatsanwaltschaft](#), das Recht auf eine qualifizierte Verteidigung, [die von Anfang an unzureichend war](#), für Angeklagte unter dem Ausnahmezustand weiter verletzt.

Auch das [Fehlen wirksamer Maßnahmen der Staatsanwaltschaft](#) oder der [Ombudsstelle für Menschenrechte](#) zur Untersuchung und zum Schutz der Rechte der Opfer und ihrer Familien sind Aspekte, die die Situation der Inhaftierten weiter verschlimmern.

Insgesamt deuten diese Handlungen und Versäumnisse des Staates auf einen Plan hin, Tausende von Menschen ohne nachgewiesenen Bandenhintergrund hinter Gittern zu halten.

„Die Verlängerung des Ausnahmezustands und seine gesetzliche Normalisierung zeugen von einer besorgniserregenden Institutionalisierung einer Politik, die massiv gegen die Menschenrechte verstößt. Sicherheit ohne Gerechtigkeit und ohne Schutz der Unschuldigen ist keine wirkliche Sicherheit. Die Behörden sind weit davon entfernt, das Problem in seiner Gesamtheit zu lösen, sondern führen das Land lediglich an den Rand des Abgrunds und treten die Menschenrechte einer ganzen Generation mit Füßen“, so Ana Piquer abschließend. „Die internationale Gemeinschaft muss entschlossen handeln, um sicherzustellen, dass der salvadorianische Staat zur Rechenschaft gezogen wird und diesen systematischen Menschenrechtsverletzungen ein Ende setzt“.

Die internationale Gemeinschaft muss entschlossen handeln, um sicherzustellen, dass der salvadorianische Staat zur Rechenschaft gezogen wird und diesen systematischen Menschenrechtsverletzungen ein Ende setzt.

Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International.

„Die Verlängerung des Ausnahmezustands und seine gesetzliche Normalisierung zeugen von einer besorgniserregenden Institutionalisierung einer Politik, die massiv gegen die Menschenrechte verstößt. Sicherheit ohne Gerechtigkeit und ohne Schutz der Unschuldigen ist keine wirkliche Sicherheit. Die Behörden sind weit davon entfernt, das Problem in seiner Gesamtheit zu lösen, sondern führen das Land lediglich an den Rand des Abgrunds und treten die Menschenrechte einer ganzen Generation mit Füßen.“



Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International.

Foto:

MOVIR: Große Demonstration fordert Gerechtigkeit

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2024/12/WhatsApp-Image-2024-12-20-at-13.38.26-1024x768.jpeg>

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

El Salvador: A thousand days into the state of emergency. “Security” at the expense of human rights., 20. Dezember 2024, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/12/el-salvador-mil-dias-regimen-excepcion-modelo-seguridad-a-costa-derechos-humanos/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

